

Kanzlei Brezelmann & Kollegen

Rechtsanwälte · Fachanwalt für Zivilrecht

Maximilianstraße 28 · 90402 Nürnberg

Tel.: 0911 2244 680 · Fax: 0911 2244 681 · kanzlei@brezelmann-collegen.deSteuernr.: 241/127/55678 · USt-IdNr.: DE298877112

Aktenvermerk

VERTRAULICH — Mandantengeheimnis

Datum:	27.06.2025
Aktenzeichen:	BRZ-2025-447-MF
Mandant:	Gottlieb von Altenhausen
Gegner:	ModeFuchs GmbH / InkassoZentrale GmbH
Sachbearbeiter:	RA Brezelmann

Der Mandant, Herr Gottlieb von Altenhausen, erschien heute unangekündigt in der Kanzlei und schilderte ausführlich seine Sicht der Dinge im Zusammenhang mit der Forderung der ModeFuchs GmbH und der Tätigkeit der InkassoZentrale.

1. E-Mail-Kommunikation / Spamfilter

Der Mandant erklärte, dass er vor einiger Zeit Opfer eines Phishing-Vorfalles geworden sei und daraufhin seinen E-Mail-Account verschärft abgesichert habe. Insbesondere sei der Spamfilter sehr rigoros eingestellt worden, sodass durchaus möglich sei, dass E-Mails der ModeFuchs GmbH, insbesondere Mahnungen oder Zahlungserinnerungen, automatisch als Spam eingestuft und gelöscht worden seien, ohne dass er hiervon Kenntnis erlangt habe.

2. Wohnsitzwechsel innerhalb Nürnbergs

Weiter schilderte er, dass er im April 2025 innerhalb der Stadt Nürnberg von der Kaiserstraße 47 in die Lorenzer Straße 3 umgezogen sei. Während des Umzugs sei er häufig nicht zu Hause gewesen, und ein Nachsendeauftrag bei der Post sei verspätet gestellt worden. Er halte es daher für durchaus wahrscheinlich, dass ihn postalische Mahnschreiben von ModeFuchs in dieser Zeit nicht erreicht hätten.

3. Zahlung der Hauptforderung

Herr von Altenhausen wies ausdrücklich darauf hin, dass er die Hauptforderung in Höhe von € 698,00 am **26.06.2025** überwiesen habe, unmittelbar nachdem er erstmals das Inkassoschreiben gelesen habe. Zur Untermauerung legte er einen Kontoauszug seiner Bank vor, der die Überweisung an die ModeFuchs GmbH mit dem Verwendungszweck „R-20250406-3098“ dokumentiert. Eine Kopie dieses Kontoauszugs wurde zu den Akten genommen.

4. Ziel des Mandanten

Der Mandant begehrt, dass geprüft wird, ob die geltend gemachten Nebenforderungen – insbesondere Mahnkosten, Verzugszinsen und Inkassokosten – vollständig oder zumindest teilweise abgewehrt bzw. reduziert werden können. Er hält es für unangemessen, dass er diese zusätzlichen Kosten tragen soll, nachdem er die Hauptforderung nunmehr ausgeglichen hat.

5. Erste rechtliche Einschätzung

Nach erster Prüfung ist davon auszugehen, dass aufgrund des kalendermäßig bestimmten Fälligkeitsdatums (17.04.2025) der Verzug gemäß § 286 Abs. 2 Nr. 1 BGB automatisch eingetreten ist. Nach der ständigen Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs sind Inkassokosten bei berechtigter Forderung und Verzug des Schuldners grundsätzlich erstattungsfähig (vgl. BGH, Urteil vom 22.10.2019 – VIII ZR 95/18). Gleichwohl bestehen gewisse Argumentationsmöglichkeiten im Hinblick auf die behaupteten Kommunikationsprobleme (Spamfilter, Wohnsitzwechsel), die im Rahmen von Vergleichsverhandlungen genutzt werden können.

Empfehlung: Aufnahme von Vergleichsverhandlungen mit dem Inkassounternehmen mit dem Ziel, zumindest einen Teil der Inkassokosten und sonstigen Nebenforderungen zu reduzieren oder erlassen zu bekommen.